

Herbstsitzung unter neuen Voraussetzungen



MMA A G A Z I Nahrgang

Dezember 2021 • 71. Jahrgang

Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nun liegt uns der Plan der Ampelkoalition, der Koalitionsvertrag "Mehr Fortschritt wagen" also vor. In vielen Bereichen des 178 Seiten starken Papiers ist auch von zusätzlichen Aufgaben für Bundesbehörden und -anstalten die Rede. Das ist gut, führt es allen noch einmal vor Augen, dass die wichtigen Zukunftsaufgaben auch aus Sicht der neuen Bundesregierung durch die Bundesverwaltung mit ihren Beschäftigten bearbeitet werden.

Es sind ebenfalls in wichtigen Feldern wie Behördenkultur und Flexibilisierung von Arbeit Aussagen enthalten. Begrifflichkeiten wie Wertschätzung, Entbürokratisierung, Digitalisierung und neue Kultur der Zusammenarbeit sind unterstützenswerte Vorhaben, denen auch Taten folgen müssen. Dass man die Entbürokratisierung mit einem Bürokratieentlastungsgesetz vorantreiben möchte, hinterlässt zumindest bei mir Fragezeichen.

Gleichzeitig will diese Koalition den Zugang in den öffentlichen Dienst, also auch die Bundesverwaltung, für mehr Quereinstiege öffnen. Das wird an einer Stelle sogar mit dem Satz "Gleichwertige berufliche Qualifikationen erkennen wir für höhere Karrierewege im öffentlichen Dienst an" etwas näher beschrieben. Neben den bekannten Begriffen wie laufbahnrechtliche Voraussetzungen werden wir uns offensichtlich mit neuen Ideen zu Qualifikationserfordernissen beschäftigen. Bislang wurde die strenge Auslegung als Argument gegen die Weiterentwicklung der im System befindlichen Beschäftigten verwandt — ich bin gespannt, was diese Veränderung zu bedeuten hat.

Alle Maßnahmen sollen durch verschiedene Checks, den Praxis-, den Klima- und den Digitalcheck. Auch hier wird es spannend.

Was erfreulich ist, es wird weitestgehend auf eine im Vorhinein angedachte flächendeckende Verwirbelung der Struktur der Bundesverwaltung verzichtet. Ja, die Beschäftigten im Baubereich finden sich erneut in einem neuen Haus, dem Bauministerium, wieder und auch ja, der Verbraucherschutz wechselt in das Umweltressort, Klima in das Wirtschaftsressort. Da war im Vorhinein allerdings von wesentlich mehr Verschiebung die Rede. Dazu

steht nicht nur erneut die vertragliche Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz im Vertrag, sondern ebenfalls eine seitens des vbob schon länger vertretene Linie, dass zur Verstärkung der Präsenz von Bundesbehörden in den ostdeutschen Bundesländern neue Behörden oder neu zu schaffende Teile bestehender Bundesbehörden dort angesiedelt werden. Zu hoffen bleibt, dass dadurch die Beliebigkeit der bisherigen "Verschiebedebatten" endlich vom Tisch ist.

Der Bundeshauptvorstand des vbob hat in seiner hybriden Tagung Mitte November die Weichen für die Vorbereitungen zum Bundesvertretertag 2022 gestellt. Lesen Sie hierzu in dieser Ausgabe.

Nun neigt sich auch das Jubiläumsjahr — 70 Jahre vbob — seinem Ende zu. Davon ausgehend, dass die Parteien dem vorliegenden Koalitionsvertrag zustimmen, wollen wir gemeinsam mit Ihnen diesen und die Projekte der neuen Bundesregierung anschauen und über deren Auswirkungen diskutieren. Eine Einladung zu dieser Veranstaltung wird Ihnen in Kürze zugehen, anmelden können Sie sich wie immer unter der Mailanschrift Jubilaeum@vbob.de.

Das Jahr 2021 endet leider wie es begonnen hat, mitten in der Pandemie. Viele Menschen in Deutschland und Mitglieder des vbob können die Diskussionen kaum noch ertragen. Die Politik drückt sich vor Entscheidung und damit vor Verantwortung!

Fallzahlen explodieren, Intensivstationen quellen über, Virologen warnen vor der nächsten Mutation, weltweit wird öffentliches Leben wieder eingeschränkt und in Berlin diskutieren zwei Bundesregierungen über Einschränkungen von Freiheitsrechten. Wir können die weiteren Entwicklungen nur erahnen, aber eines zur eigenen Sicherheit tun: impfen lassen, Abstand halten, Maske tragen, Kontakte reduzieren!

Ich hoffe, dass Ihnen vorgenannte Strategie des Eigen- und Fremdschutzes gelingen wird und Sie gesund bleiben. Ich bedanke mich im Namen des gesamten vbob-Teams sehr herzlich bei Ihnen für Ihre Treue und Unterstützung. Seit einem Jahr bin ich nun Bundesvorsitzender und freue mich, gemeinsam mit Ihnen auch im neuen Jahr an der Entwicklung unseres vbob arbeiten zu dürfen!

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich ein gesundes, friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest sowie einen Jahreswechsel in ein hoffentlich erfolgreiches und gesundes neues Jahr 2022!

Beste Grüße Ihr



Frank Gehlen Bundesvorsitzender

	> Inhalt	
>	Herbstsitzung unter neuen Voraussetzungen	4
>	vbob Bundesvertretertag 2022	g
>	Fachgruppe Bundesanstalt für	
	Immobilienaufgaben wird 60	10
>	Kommentierte Pressestimmen	12
>	dbb	
>	Tarifkompromiss honoriert Krisenengagement	13
>	Paroli für die Sparkommissare	15
>	Marc Reinhardt, Vizepräsident der Initiative D21	16
>	dbb Thesen zur Verwaltungsdigitalisierung	18
>	Digitalisierung: Verwaltung muss es selbst in die Hand nehmen	20
>	Nachhaltige Verwaltung: Aktiv einen Beitrag leisten	21
>	dbb Projekt Klimawandel und öffentlicher Dienst	22
>	Gutachten des Umweltbundesamtes: Umweltcheck für alle Subventionen	24
>	Wie smart ist der Staat?	26
>	Arbeitsschutz: Seelische Gesundheit auch im Blick behalten	28
>	Neuer dbb jugend-Vize gewählt	29
>	Ehrenamt: Mut zusprechen reicht nicht	30
>	Frauen besser schützen – auch im Internet	31
>	Armutsgefährdung in der EU: Arm trotz Arbeit	32
>	Deutsche hadern mit der digitalen Verwaltung	34
>	Fall des Monats	36
>	dbb akademie	38
>	dbb vorsorgewerk	40
>	dbb vorteilswelt	41
>	Corona-Pandemie und Dienstunfall	42
>	Schlagkräftige Digitalagentur erforderlich	46
	The second secon	

Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. Telefon: 0228.9579653. Telefax: 0228.9579654. E-Mail: vbob@ vbob.de. Internet: www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.40816900. Telefax: 030.40816930. E-Mail: vbob.berlin@dbb.de. Bundesvorsitzender: Frank Gehlen. Redaktion: Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.40816900. Telefax: 030.40816930. Fotos: AdobeStock, Fotolia, vbob. Titelbild: Klaus Eppele/stock.adobe.com

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.0481-40. Telefax: 030.0481-5598. Internet: www.dbbc. Leitende Redakteurin: Christine Bonath (cri). Redaktion: Jan Brenner (br). Bezugsbedingungen: Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 39,50 Euro zggl. 7,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,40 Euro zggl. 1,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Monnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mali: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40. Layout: Dominik Allartz. Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-9715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigenschloss: 6 Wochen vor Erscheinen. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

ISSN 1437-997X

Bundeshauptvorstand des vbob Herbstsitzung unter neuen Voraussetzungen

Der November-Bundeshauptvorstand wurde das erste Mal als Hybrid-Veranstaltung durchgeführt. Dabei waren alle vor Ort teilnehmenden Mitglieder unter "2G"-Bedingungen in der dbbakademie Königswinter und einige Teilnehmer virtuell zugeschaltet.

Nach Korrektur von technischen Problemen ging es dann aber los und der Bundesvorsitzende Frank Gehlen begrüßte als erstes alle Teilnehmenden.

Veränderungen in den Fachgruppen

Der guten Tradition folgend wurden zunächst verdiente Mitglieder des Bundeshauptvorstandes in den Ruhestand verabschiedet. Mit Rainer Novak, als ehemaligem Vorsitzenden der Fachgruppe Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat/Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien/ Der Beauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Bonn und Rainer Floren, dem langjährigen Vorsitzenden der Fachgruppe im Bundesministerium für Gesundheit und ehemaligen Mitglied des Bundesvorstandes, verlassen zwei Kollegen den Bundeshauptvorstand, die in ihrer Amtszeit Akzente setzen konnten. Beiden dankte Frank Gehlen für ihr besonderes Engagement im vbob und die gute kollegiale Zusammenarbeit. Die Verabschiedeten bedankten sich für die Einladung zur Verabschiedung und appellierten an die Anwesenden, sich auch in Zukunft kritisch mit den Entwicklungen der Arbeitsbedingungen in der Bundesverwaltung auseinanderzusetzen. Dazu gehöre auch, die eigene Meinung in die Diskussionen innerhalb des vbob einzubringen. Sie wünschten

den Anwesenden sowie ihren Nachfolgern in der Funktion viel Erfolg.

Hiernach folgte die Ehrung einzelner Mitglieder für ihre langjährige Treue in der vbob-Familie. Eine Urkunde erhielten: Brigitte Becker, Vorsitzende der Fachgruppe Bundeskriminalamt, für 40 Jahre Mitgliedschaft und Claudia Heinrichs, Vorsitzende der Fachgruppe Bundesamt für Verfassungsschutz, für ihre 25 Jahre Mitgliedschaft.

Der Bundesvorsitzende dankte beiden Damen für deren außergewöhnlich engagiertes vbob-Ehrenamt und nannte es für alle im vbob beispielgebend. Dafür gab es einen großen Applaus von allen Anwesenden.

Neu gewählt in den Bundeshauptvorstand wurden Kai Johae, Fachgruppenvorsitzender Bundesministerium für Bildung und Forschung, sowie Claudia Riepe, die nun gemeinsam mit Marco Ginnochio als Vorsitzende, die Fachgruppe Bundesministerium für Gesundheit führt.

Sodann begann die eigentliche Tagung mit dem obligatorischen Bericht des Bundesvorstandes. Besonders hob der Bundesvorsitzende das 70-jährige Jubiläum in diesem Jahr hervor. Neben der erzielten Aufmerksamkeit und verschiedenen Interviews kamen die Online-Veranstaltungen



Rainer Novak wurde verabschiedet...

sehr gut an. Diese werden auch im nächsten Jahr weitergeführt.

Themen aus der Sitzung

Ende Januar 2022 sollte ein Mandatsträgertreffen in Präsenz in der dbb Akademie in Thomasberg angeboten werden. Ein Austausch zwischen den einzelnen Personalratsmitgliedern und eine Vernetzung untereinander sind die Absicht des Bundesvorstandes.

Aufgrund der rasant zunehmenden Infektionszahlen wird die Veranstaltung in das Frühjahr 2022 verschoben werden müssen.

Frank Gehlen sprach den Anwesenden einen besonderen Dank für die überwältigende Solidarität bei der Flutkatastrophe aus. Der Dank geht auch an die Fachgruppen aus den einzelnen Behörden, die einen großen Geldbetrag gespendet und dazu noch in ihren Behörden Unterstützung für Betroffene organisiert haben. Ob anpacken, zuhören oder bei bürokratischen Hindernissen helfen, alle Hilfsmöglichkeiten neben der finanziellen Unterstützung helfen weiter. Wieder einmal habe der vbob bewiesen, dass Nähe seine Stärke sei.

Das Jobrad ist in aller Munde. Während die Bundesbehörden noch darum kämpfen, wie die Finanzierung am besten laufen soll, ist der vbob für seine Mitarbeiter bereits vorangegangen und ermöglicht allen Be-

schäftigten das Jobrad. Wir wünschen uns sehr, dass die neue Regierung hier jetzt mit ihren Klima- und Nachhaltigkeitsschwerpunkten auch für die Behörden schnell eine umsetzbare und für die Inanspruchnahme dieses Angebotes durch die Kolleginnen und Kollegen förderliche Lösung findet.

In der Mitgliederverwaltung hat sich organisatorisch etwas verändert. Ein neues Mitgliederverwaltungssystem wurde angeschafft, durch das die Arbeit vereinfacht werden soll. Der Bundesschatzmeister informierte den Bundeshauptvorstand über die Vorteile des neuen Systems. Dazu gehöre neben der Möglichkeit der Datenpflege durch Zugriff seitens der Fachgruppenschatzmeister auf einen zentralen Datenbestand auch die Echtzeitkenntnis der Fachgruppen hinsichtlich des eigenen Mitgliederbestandes. Die Schatzmeister erhielten im virtuellen Schatzmeisterseminar dazu eine detaillierte Vorstellung



und Einweisung in die konkreten Nutzungsmöglichkeiten.
Die gegebenenfalls notwendige Anschaffung eines Laptops zum Beispiel zur Nutzung des Mitgliederverwaltungssystems auf der nicht dienstlichen Hardware wird für einzelne Fachgruppen auf Antrag finanziell mit einem Beitrag unterstützt.

Die Rechnungsprüfer bescheinigten eine ordnungsgemäße Kassenführung und >





bedankten sich im Anschluss bei Dirk Rörig als Schatzmeister und seiner Frau Beatrix für ihre Arbeit.

Die AG Zukunft, die 2020 geschaffen wurde, wird sich künftig mit einem erweiterten Aufgabenportfolio auseinandersetzen, beispielsweise Empfehlungen an den Bundesvorstand zu entwickeln, die diesen bei der Umsetzung der Ziele und Beschlüsse der Gremien des vbob unterstützen können. Mitglieder, die an der Mitarbeit Interesse haben, können sich über ihre Fachgruppenvorsitzenden melden.

Die AG "Kooperationspartner" hat Compliance-Regeln
erstellt, die vorgestellt und
einvernehmlich verabschiedet wurden. Das Papier regelt
die Art und Weise, wie wir im
vbob in Zukunft mit unseren
Kooperationspartnern umgehen wollen. Damit ist der
Auftrag des Bundeshauptvorstandes erledigt worden und
die Anwesenden bedankten
sich für die gefundene Lösung bei den Mitgliedern der
Arbeitsgruppe.

Der Bundesvertretertag 2022

Die Organisation des vbob Bundesvertretertages ist im vollen Gange. Über den Stand wird der BuHaVo ausführlich informiert. Hinzuweisen ist darauf, dass beim nächsten Bundesvertretertag im kommenden Jahr im Juni in Hamburg der neue Bundesvorstand und die Bundesleitung für die kommenden fünf Jahre gewählt werden.

Das Motto lautet:

Die Gremien des vbob, die Fachgruppen und auch Einzelmitglieder sind berechtigt, Anträge an den Bundesvertretertag zu stellen. Das Formular für die Antragstellung liegt den Mitgliedern des Bundes-

"Attraktive Arbeit – Digitale Zukunft".



Heiko Geiger berichtet aus der Fachgruppe Deutscher Bundestag.



> Es wird rege diskutiert!

hauptvorstandes vor und kann bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden. Für eine Antragstellung muss dieses Formular benutzt werden. Gute Ideen aus dem Kreis der Fachgruppenmitglieder sind herzlich willkommen. Die Ansprüche der Mitglieder verändern sich, die Erwartungen auch. Wir möchten uns als Bundesvorstand breiter aufstellen. Daher brauchen wir Ihre Ideen an den Bundesvertretertag, wie wir Themen noch besser bedienen können, denn: "Nähe ist unsere Stärke". Der Bundesvertretertag ist das wichtigste Organ des vbob. Dort müssen alle grundsätzlichen Entscheidungen getroffen werden, beispielsweise Änderungen der Satzung und die Beitragsgestaltung in den nächsten fünf Jahren. 2018 hatte der Bundesvertretertag die Verlängerung der Amtszeit beschlossen mit der Wirksamkeit nach dem nächsten Vertretertag. Über die diesbezüglichen Änderungen wurde umfangreich diskutiert. Der nächste Bundeshauptvorstand findet im Frühjahr 2022 als virtuelle Sitzung statt. Dort werden dann die diskutierten Vorschläge zu einem Satzungsantrag des Bundeshauptvorstandes zusammengefasst und beschlossen.

Der Bundeshauptvorstand diskutierte ebenfalls über Ideen und Möglichkeiten der weiteren Entwicklung des vbob bis >

hin zu den Auswirkungen steigender Erwartungen auf die Struktur und das Budget des vbob. Hierzu verabredete man sich ebenfalls auf einen Beschlussantrag für den Bundesvertretertag.

Gemeinsames Ausklingen

Der gesellschaftliche Teil darf bei so einer Veranstaltung aber nicht zu kurz kommen. Daher freuten sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenfalls auf das abendliche gemütliche Beisammensein. Dort konnten nicht nur vbob Themen besprochen, sondern auch das pandemiebedingt lange fehlende persönliche Gespräch wieder einmal stattfinden.

Am Ende waren sich alle einig: reine virtuelle Veranstaltungen ersetzen auf keinen Fall die Präsenzveranstaltungen. Persönliche Gespräche sind so wichtig und wertvoll. Gemein-



> Während der Diskussion zur Satzungsänderung

sam in der Gruppe miteinander zu diskutieren, ist einfach anders als per PC.

Am Ende der zweitägigen Tagung fuhren die in Königswinter anwesenden Mitglieder des Bundeshauptvorstandes mit dem guten Gefühl nach Hause, die beabsichtigten Weichenstellungen für den vbob ausführlich diskutiert und die notwendigen Beschlüsse getroffen zu haben. Die Aufgabenstellung für den Bundesvorstand heißt nun, die weiteren für den Bundesvertretertag 2022 erforderlichen Beschlüsse des Bundeshauptvorstandes für den virtuellen Bundeshauptvorstand im März 2022 vorzubereiten.

cg und fg



Schatzmeister Rörig stellt seinen Bericht vor.



Ankündigung vbob Bundesvertretertag 2022

Attraktive Arbeit — Digitale Zukunft

In der Zeit vom 20. bis 22. Juni 2022 findet der Bundesvertretertag des vbob — Gewerkschaft Bundesbeschäftigte im CCH Congress Center Hamburg statt.

Der Bundesvertretertag ist das oberste Organ des vbob und tritt alle vier Jahre, künftig alle fünf Jahre, zusammen.

Jede Fachgruppe wird beim Bundesvertretertag von ihrer Vertreterin bzw. ihrem Vertreter im Bundeshauptvorstand vertreten. Darüber hinaus wählt und entsendet sie für jedes volle Hundert an Mitgliedern eine Delegierte bzw. einen Delegierten. Grundlage für die Anzahl der Delegierten ist die Mitgliederzahl der Fachgruppe am 31. Dezember 2021. Die Zahl der Delegierten wird

den Fachgruppen im Januar mitgeteilt. Gastdelegierte können teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht. Die Kosten für die Gastdelegierten trägt die Fachgruppe.

Die Aufgaben des Bundesvertretertages sind in § 13 der vbob Satzung geregelt.

Anträge an den Bundesvertretertag müssen bis zum 31. März 2022 beim Bundesvorstand des vbob, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn, eingegangen sein. Das Antragsformular ist den Fach-



gruppen bereits elektronisch zugeleitet worden, kann aber auf Wunsch durch die Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt werden. Ein Antrag muss folgende Punkte beinhalten: Antragsteller, Betreff, Der Bundesvertretertag möge beschließen und Begründung.

Anträge sollen bevorzugt elektronisch als Worddokument an *antraege@vbob.de* übersandt werden.

Anträge können vom Bundesvorstand, von Fachgruppen, aber auch von Einzelmitgliedern gestellt werden.





Im Fokus der diesjährigen Fachgruppenversammlung standen neben der Feier zum 60-jährigen Bestehen der Fachgruppe die Wahlen des neuen Fachgruppenvorstandes und damit diesmal auch die Einleitung eines Generationenwechsels.

Neben den bisherigen Vorständen Lothar Hermes, Tina Tischer, Manuela Reichelt, Franz Körlings und Max Ernst wurden René Bontemps, Jennifer Thiel, Boris Burat und Christoph Hampe erstmalig gewählt. Es ist der Versammlung somit gelungen, eine ausgewogene Mischung aus Erfahrung und Tatendrang im neuen Vorstand zu bündeln und somit einen organischen Generationswechsel einzuleiten. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden im Rahmen der folgenden

Feierstunde gebührend verabschiedet.

Die Feierlichkeiten auf dem Petersberg wurden durch den Fachgruppenvorsitzenden Lothar Hermes im Kreise der Kolleginnen und Kollegen, der geladenen Gäste, des Bundesvorsitzenden des vbob, Frank Gehlen, der BImA-Vorstände Dr. Christoph Krupp und Paul Fietz und des ehemaligen Fachgruppenvorsitzenden Rainer Mungenast eröffnet. Er erinnerte in seiner Rede an die Anfänge der Fachgruppe und deren Arbeitsschwerpunkte in den letzten sechs Jahrzehnten. Viele Beschäftigte haben, in unterschiedlichen Funktionen, mit zur erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit beigetragen. An diese erinnerte Lothar Hermes und dankte allen für ihr Engagement ausdrücklich.

Staatssekretär Werner Gatzer, BMF, gratulierte ebenfalls der Fachgruppe in einer Videobotschaft. In seiner Rede zitiert Staatssekretär Gatzer den zu unserem 50-jährigen Jubiläum formulierten Anspruch: "Eine Fachgewerkschaft über 50 Jahre für die Mitglieder interessant und den Arbeitgeber als wichtigen Gesprächspartner zu erhalten, ist eine beachtliche Leistung." Diesem Anspruch, die Generationen, Alt und Jung, sowie die Herausforderungen, wie z. B. mobiles Arbeiten, anzugehen und Lösungen zu erarbeiten, sehen wir uns auch weiterhin verpflichtet, denn nur gemeinsam sind wir stark.

lh

> 60-jährige Mitgliedschaft



Günter Schwarzbach geehrt

Im Rahmen der Bezirksgruppenversammlung der Bezirksgruppe Koblenz am 4. November 2021 in Frankfurt wurde Kollege Günter Schwarzbach für sechs Jahrzehnte Mitgliedschaft im vbob vom Bezirksgruppenvorsitzenden Lothar Hermes geehrt.

Am 11. Juli 1961 fand die Fachgruppengründungs-

besprechung mit dem dbb in Bad Godesberg statt. Schon bald danach, am 1. Oktober 1961, trat Kollege Schwarzbach dem vbob und der Fachgruppe bei und ist somit Gründungsmitglied. Nach 43 Dienstjahren trat Günter Schwarzbach im Jahr 2000 als Zolloberamtsrat in den Ruhestand.

Auch im Ruhestand ist er der Bezirksgruppe und dem vbob verbunden geblieben und gab uns mit auf den Weg: "Individualismus bringt uns nicht weiter, denn nur gemeinsam sind wir stark."

Wir wünschen Günter Schwarzbach weiterhin viel Gesundheit und alles Gute für die Zukunft.

TA THE LAND OF THE PROPERTY OF

Kommentierte Pressestimmen

Die Vorweihnachtszeit ist ja auch immer eine Zeit des Wartens und der Spannung. Und so war es passend, denn auch er wurde sehnsüchtig erwartet: der neue Koalitionsvertrag!

Neben der Ankündigung einer umfassenden Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung, ein Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Dienst, in dem Kettenbefristungen bei Arbeitsverträgen abgebaut werden sollen, ist auch ein Bekenntnis zum Berlin/Bonn-Gesetz enthalten. Dieser Passus war auch im letzten Regierungsbündnis festgeschrieben. Ein seinerzeit angekündigter Staatsvertrag wurde jedoch bis dato nicht umgesetzt. Hoffen wir dieses Mal auf mehr Engagement und den Umsetzungswillen.

"Zeit, zu handeln", titelt so auch der Behördenspiegel in der Ausgabe vom 10. November 2021. Nur ein funktionierender Staat sichert sozialen Frieden und Wohlstand. In diesem Ergebnis der jüngsten Bürgerbefragung, die der dbb jährlich repräsentativ erheben lässt, manifestiert sich eine Entwicklung, die wir bereits seit Jahren beobachten und die sich nun, da Politik und Verwaltung insbesondere mit der Corona-Pandemie und den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert und streckenweise auch überfordert sind, Bahn bricht: Die Menschen verlieren ihren Glauben daran, dass ihr Staat, den sie ideell und materiell tragen, für ihr Wohlergehen Sorge trägt. Die Menschen verlieren ihren Respekt gegenüber diesem Staat, der sie immer öfter enttäuscht - nicht nur in Krisenzeiten, sondern

vor allem im laufenden Betrieb: Wenn Betreuung und Bildung leiden, wenn Sicherheit und Infrastruktur in manchen Gegenden einfach nicht mehr gegeben sind. Wenn ein Termin erst in einem halben Jahr in Sicht ist, wenn im digitalen Zeitalter noch immer reichlich Papier, aber ansonsten eher wenig bewegt wird.

Solche negativen Erfahrungen mit Staatshandeln machen etwas mit den Menschen: Sie wenden sich ab vom Staat. Vom Gemeinwesen. Der Rest? Die ande-

aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Konsens verabschieden - als Reichsbürger, Querdenker, Extremisten. Spätestens seit den 90er-Jahren hielt sich hartnäckig der Glaube, Privatisierung und Wettbewerb würden die öffentlichen Dienstleistungen schon irgendwie optimieren. Heute, nach mehr als drei Dekaden neoliberaler Attacken auf den Staat, wissen wir: Der Qualität von Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Kultur haben Privatisierung und Wettbewerb überhaupt nicht gut-

"Ein gegebenes Versprechen ist eine unbezahlte Schuld."

William Shakespeare

ren? "Egal. Ich bin dem Staat schließlich auch egal", ist zu hören. Und immer mehr Menschen platzen regelrecht vor Enttäuschung und Wut, völlig enthemmt, weil sie nur noch sich sehen. Sie attackieren die Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates. Die gewaltsamen Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, auf Einsatzkräfte ebenso wie Kolleginnen und Kollegen in Behörden und Verwaltungen haben ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. Ebenso die Zahl derer, die sich ganz bewusst

getan. Jeder Mensch in Deutschland sollte sich eigentlich darauf verlassen können, dass der öffentliche Dienst überall gleich gut da ist. Dem ist aber nicht mehr so und aus diesem Missstand ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag an die Politik: Es braucht ein Sofortprogramm für einen funktionierenden Staat. Für einen Staat, der wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger steht. Für einen Staat, der seinen Beschäftigten ein Arbeitsumfeld bietet, das sie handlungsfähig macht — angefangen bei praxistauglichen Rechtsgrundlagen über eine aufgabengerechte Personal- und Sachmittelausstattung bis hin zu moderner, agiler und digitaler Verwaltungsgestaltung.

"Bei Corona-Kontrollen nur Stichproben möglich", dpa vom 12. November 2021. Der Chef des dbb, Ulrich Silberbach, hat Erwartungen an umfassende staatliche Kontrollen von strengen Corona-Regeln in Herbst und Winter gedämpft. "Es wird auf Stichproben hinauslaufen, mehr ist einfach nicht drin", sagte Silberbach der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin. "Jetzt werden die Krisenstäbe wieder hochgefahren und ich höre aus vielen Verwaltungen, dass man überhaupt nicht weiß, woher man noch die Leute nehmen soll. Die Kolleginnen und Kollegen fühlten sich von der Politik zum wiederholten Mal im Stich gelassen", erläutert der dbb Chef. "Ausbaden müssen das nun erneut die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Gesundheits-, Ordnungs- und Gewerbeaufsichtsämter, Polizei, Rettungsdienste, Gesundheitsund Pflegekräfte arbeiteten seit mehr als eineinhalb Jahren am Limit. Auch in den Schulen ist die Lage dauerhaft angespannt", schildert Silberbach weiter. "Regierungswechsel hin oder her, die Exekutive trägt die Verantwortung für alles, was jetzt geschieht und noch kommen mag", so der Vorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion.

сm